

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Partei und Wehrfrage  
**Autor:** Nobs, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332475>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- JULI 1936 -- HEFT 11

## Partei und Wehrfrage

Von Ernst Nobs

In Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) haben sich, während Europas Völker im Weltkrieg standen, die sozialistischen Kriegsgegner vieler Länder vereinigt, um in allen Ländern eine gleichgerichtete Propaganda zu entfalten, mit dem Ziel, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Erst gegen das Ende des Krieges und später, das heißt, nachdem das revolutionäre Rußland die Feldzüge der zaristischen Konterrevolution erfolgreich abgewehrt hatte, ergab sich der Großzahl der Sozialisten ein Ueberblick über das Militärproblem in seiner Gesamtheit. Den Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus, das heißt die Politik des Burgfriedens, der Preisgabe der Interessen der Werktätigen, die Unterordnung der Politik der Arbeiterklasse unter die Politik imperialistischer Eroberung, wie sie die Arbeiterfraktionen mancher Parlamente betrieben, lehnten wir Anhänger von Zimmerwald und Kienthal entschieden ab. Als Bundesgenossen hatten wir am Parteitag von 1917 auch die Sozialpazifisten an unserer Seite, die grundsätzlichen Gegner einer jeden militärischen Gewaltanwendung. Die Auffassungen klärten sich erst, als das Beispiel Rußlands zeigte, wie nach dem Ende des Weltkrieges das vom Joch des Zarismus befreite Land sich militärisch zur Wehr zu setzen hatte gegen die Armeen, welche die Anhänger der alten Ordnung im Ausland mit der Unterstützung westeuropäischer Mächte gegen Rußland mobilisierten, um ihm seinen Zaren zurückzugeben.

Dieses große geschichtliche Beispiel zeigte, daß wir als Sozialdemokraten, mögen wir Krieg und Militarismus noch so sehr verabscheuen und ihre endliche Austilgung herbeiwünschen, nicht den Wunsch haben können, daß antikapitalistische Staaten abrüsten und wehrlos werden und damit jedem konterrevolutionären Putsch zum Opfer fallen. Wir wünschen nicht, daß Rußland abrüste, solange nicht die Voraussetzungen für wirksame kollektive Sicherheit in Europa und Asien geschaffen seien. Wir wünschen nicht, daß jene demokratischen Staaten abrüsten, die Teilhaber und Garanten der kollektiven Sicherheit sind oder es sein werden, solange die Abrüstung nicht eine allgemeine und gleichmäßige sein kann. In diesem Sinne wollen und dürfen wir keine

Pazifisten, keine grundsätzlichen Gegner der militärisch - staatlichen Gewalt sein. Uns leitet dabei die Ueberzeugung, daß die totale Abrüstung aller Friedfertigen in kürzester Zeit Kriege über Kriege zur Folge hätte, daß die abgerüsteten Länder von den faschistischen Staaten überfallen und unterworfen oder annektiert würden und daß die Sieger sodann übereinander herfallen würden, um sich die Beute abzu-jagen. Die weitere Folge: Kriege und Rüstungen ohne Ende! Nein, wir halten die Entwaffnung der Demokratien nicht für Friedensgewinn und Friedenssicherung, sondern im Gegenteil für die akuteste Bedrohung des Friedens.

Kollektive Sicherheit? Wer kollektive Sicherheit fordert, der muß auch bereit sein, die Verpflichtungen zu tragen, welche die kollektive Sicherheit auferlegt. Er kann nicht nur ihre Rechte beanspruchen. Die Staaten, die einander inmitten einer Welt voller Kriegsrüstung und Kriegsgefahr kollektive Sicherheit garantieren, müssen einander einen stärkeren Rückhalt als das Papier der Verträge gewährleisten. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, wie gekrönte und ungekrönte Diktatoren mit den »Papierfetzen« umgehen. Es wäre lächerlich, zu verlangen, daß andere Staaten die Lasten der kollektiven Sicherheit für uns tragen, während wir nur ihre Früchte genießen wollten.

Der Völkerbund? Wir haben ihn nie überschätzt. Die schweizerische Sozialdemokratische Partei hat im Frühjahr 1920 den Beitritt der Schweiz bekämpft, weil wir befürchteten, er werde bei seiner un-demokratischen Konstitution ein Machtorgan einiger Siegerstaaten werden. Die Entwicklung der allerletzten Jahre hat gezeigt, wie sehr diese Befürchtung berechtigt war. Der Völkerbundsstaat China ist vom Völkerbundsstaat Japan überfallen und großer Gebiete beraubt worden. Der Völkerbundsstaat Italien hat den Völkerbundsstaat Abessinien überfallen, erobert und annektiert. Und der Völkerbund besteht immer noch? Man könnte mit vollem Recht antworten, daß der Völkerbund aufgehört hat, zu existieren, daß das, was sich heute Völkerbund nennt, ein wesenloses Schemen sei, aber keine Gewähr des Rechtes und des Friedens. Dennoch: Frankreich und England, die demokratischen Kleinstaaten und Rußland machen in Genf immer noch mit. Erhoffen sie von diesem Völkerbund noch einen Nutzen? Nur die vielleicht illusionäre Hoffnung auf seine Regeneration läßt es rechtfertigen, daß die Demokratien sich von ihm nicht abwenden. Der Völkerbund ist um seiner Ohnmacht willen zur Zielscheibe des Hohnes und Spottes geworden. Er hatte die Universalität nie völlig erreicht. Die nationalistisch - militaristischen Gewaltstaaten Japan und Deutschland fühlten sich stark genug, den Völkerbund verlassen zu dürfen. Die Welt droht, in das alte Chaos abzusinken. Noch schlimmer: Das Schicksal des Völkerbundes wurde zum Schicksal der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Auch sie hat ihre Universalität eingebüßt. Der Faschismus hat in den von ihm beherrschten Ländern die sozialistischen Parteien vernichtet. Seinem fieberhaft betriebenen Aufrüsten, der Entfesselung neuer Kriege, tritt keine Oppositionspartei entgegen.

Dieses Weltbild von heute zeigt keinerlei Aehnlichkeit mit dem

Weltbild einer früheren Epoche sozialistischer Politik. Es ist weder das Weltbild von 1880 noch das von 1905. Es ist nicht das Weltbild von 1914 und nicht das von 1922 oder 1932! Wer heute den Weltfrieden erhalten oder ihn wieder herstellen und sichern will, der muß wünschen und wollen, daß den kriegerisch-aggressiven Machtstaaten eine überlegene Organisation militärischer und wirtschaftlicher Macht sich entgegenstelle. Wir können nicht wünschen, daß Europas Kleinstaaten — ein Blick auf die Karte zeigt, wie viele ihrer sind — abrüsten und zum Spielball der Großstaaten werden. Indem die Kleinstaaten sich wehrhaft halten zur Verteidigung ihrer Grenzen — indem sie nach Kräften zur kollektiven Sicherheit gegen jeden Angreifer beitragen, können sie in Europa zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor der Erhaltung des Friedens und des Rechtes werden. Nur Verblendung ohnegleichen kann das übersehen und behaupten, es komme auf die Haltung der Kleinstaaten nicht an. Es kann in dieser Zeit weder sozialistische noch antikriegerische oder antimilitaristische Politik sein, die demokratischen oder sozialistischen Staaten abzurüsten und die Herrschaft der Welt dem Faschismus zu überlassen. Das bedeutete eine Abdankung des Sozialismus vor den Aufgaben dieser Zeit und vor dem Faschismus, wie sie katastrophaler und folgenschwerer für die Zukunft gar nicht sein könnte.

In unserer Partei- und Parteitagsdiskussion zur Frage eines schweizerischen Wehrkredites in der Höhe von 235 Millionen Franken haben diese Gesichtspunkte nicht die Beachtung gefunden, die ihnen zukommen muß. Zu den religiösen Antimilitaristen gesellten sich Hilfstuppen aus allen andern Richtungen zu einer knappen Parteitagsmehrheit. Es bleibt unbestritten, daß im Verlaufe aller unserer Diskussionen um die Wehrkredite die Probleme der internationalen Politik immer wieder in den Hintergrund gedrängt wurden durch die Probleme der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Das geschah nicht zugunsten der Klarheit der Diskussion, geschah nicht zur Erleichterung eines richtigen Entscheides. Es kommt dazu, daß in diesen letzten drei Jahrzehnten keine Sektion der Internationale sich so oft und so einläßlich mit dem Wehrproblem beschäftigt hat wie unsere Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Keine hat unter größeren Anstrengungen die Ueberwindung des Molochs versucht. Heute, da wir uns zurückgeworfen sehen in eine Weltlage, die von uns die Preisgabe lange gehegter pazifistischer Erwartungen verlangt, kann eine dreißigjährige Entwicklung nicht im Nu überwunden werden. Nichtsdestoweniger wäre der Parteitagsbeschuß anders ausgefallen, wenn man auf seiten derjenigen Genossen, die sich heute positiv zugunsten der Landesverteidigung aussprechen, nicht auf einen gar zu leichten Sieg eingestellt und die gründliche Vorbereitung des Parteitages in Versammlungs- und Pressediskussion versäumt hätte. Nehmen wir das Beispiel Zürich: Nach einer Mitteilung des kantonalen Parteisekretariates haben von insgesamt 112 zürcherischen Parteisektionen nur ein Dutzend die Wehrfrage vor dem Parteitag in besonders dafür einberufenen Versammlungen gründlich diskutiert. Ein paar weitere Mitgliedschaften

mögen das Thema neben andern Geschäften in aller Kürze berührt haben. Allein, es ergibt sich die Tatsache, daß nur etwa ein Fünftel der Mitgliedschaften sich in der letzten Zeit mit dieser Frage beschäftigt hat. In manchen andern Kantonen war die Vorbereitung des Parteitages keine bessere. In dieser durchaus ungenügenden Vorbereitung des Parteitages und in seiner einseitigen Zusammensetzung sind die Ursachen für den verwerfenden Zufallsentscheid zu suchen. Man möchte wünschen, daß seine Lehren Beachtung fänden.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, es hätten seit dem Luzerner Parteitag innerhalb der Sozialdemokratischen Partei die Gegner der Landesverteidigung an Boden gewonnen. Wie war es denn in Luzern? Dort haben sich 382 Delegierte für die bedingte Zustimmung zur Landesverteidigung, 294 Delegierte grundsätzlich gegen jede Art militärischer Landesverteidigung ausgesprochen. Am gleichen Parteitag haben sich 343 Delegierte für Verwerfung der Verlängerung der Rekrutenschulen und nur 220 Delegierte für Stimmfreigabe ausgesprochen. Hätte in Luzern ein Wehrkredit in der Höhe einer Viertelmilliarde Franken zur Diskussion gestanden, so wäre er wohl mit einer erdrückenden Mehrheit verworfen worden. Bei einem allgemein stärkeren, das heißt weniger einseitigen Aufmarsch der Delegierten und bei etwas größerer Aktivität der Anhänger des Wehrkredites hätte der Zürcher Parteitag ohne Zweifel eine annehmende Mehrheit ergeben.

Der Vergleich Luzern-Zürich tut in überzeugender Weise das eine dar: daß wir es weder hier noch dort mit einer abschließenden Stellungnahme zu tun haben. Die Meinungen sind im Flusse. Einer neuen Weltlage folgt zögernd die Erkenntnis, daß die alten Losungen nicht mehr genügen. Der furchtbare Rückfall in Faschismus und Nationalsozialismus, die hemmungslose Uebersteigerung des Nationalismus ganzer Völker verbietet uns Sozialisten, länger auf die Abrüstung der demokratischen Staaten hinzuwirken und etwa die Abrüstung Rußlands zu fordern. Im Gegenteil: Wir wünschen, daß die Garanten der demokratisch-sozialen Entwicklung ihre militärischen Verteidigungsmittel keinesfalls vernachlässigen. Diese Erkenntnis dürfte in naher, absehbarer Zeit gewiß zur Einsicht der großen Majorität unserer sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen werden. Die Leidenschaftlichkeit der Parteitagsdiskussion hat leider die Probleme vergrößert und manche Gegensätzlichkeiten übertrieben. Darum möge hier wenigstens festgestellt sein, daß für den Fall des Angriffs eines faschistischen Staates auf die Schweiz wohl nur eine minime Zahl religiöser oder sonstwie grundsätzlich antimilitaristischer Sozialisten auf militärische Landesverteidigung verzichten möchte. Wenn so viele Delegierte sich trotzdem gegen die Wehrkredite aussprachen, so gaben da Motive anderer Art den Ausschlag: Ungenügende Kredite für Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Krisennot, die Deckungsfrage, die Verwendung von Truppen gegen Arbeiter, die Schießerei des 9. November 1933 in Genf, Mißachtung der Volksrechte, mangelndes Vertrauen usw.

Wie sehr die Meinungen sich im Flusse befinden, dafür legt der



schweizerische Parteitag der Kommunisten in Basel Zeugnis ab, der eine Woche vor unserem Zürcher Parteitag stattgefunden hat. Hatten unsere sozialdemokratischen Wehrkreditgegner das Problem in ganz unzulässiger Weise unter ausschließlich innerpolitischen Gesichtspunkten beurteilt, so fand der Referent des kommunistischen Parteitages den Mut, derartigen Einseitigkeiten entgegenzutreten. Nach dem Bericht der Basler »Arbeiterzeitung« vom 7. Juni 1936 führte Humbert-Droz zur Landesverteidigung unter anderem wörtlich aus:

»In der Schweiz selbst sind es die außenpolitischen Probleme, die entscheidend sind. Der Angriff des Hitlerfaschismus ist die größte Gefahr, die uns droht. *Die Kommunistische Partei der Schweiz stellt sich auf den Boden der Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes.* Der bürgerliche Bundesrat und seine Politik sind dazu aber nicht imstande. Verteidigung der Unabhängigkeit und der Neutralität des Landes heißt Unterstützung der aktiven Friedenspolitik im Rahmen des Völkerbundes, um die faschistischen Mächte zu isolieren und einzukreisen. Wenn aber trotzdem Krieg ausbrechen wird und Hitler die Schweiz bedroht, *dann treten die Kommunisten für die Unverletzbarkeit der Schweizergrenzen ein.* Diese Politik hat mit Burgfrieden und Sozialpatriotismus nichts zu tun. Ein Teil davon ist die *Verteidigung der Volksfreiheiten in der Schweiz.* Die KPS. steht in diesem Sinne auf dem Boden der Demokratie, denn ohne Demokratie ist auch der Sozialismus eine Unmöglichkeit. Die bürgerliche Demokratie ist infolge ihres kapitalistischen Charakters nicht die wahre Demokratie. *Trotzdem sind die Kommunisten entschlossen, auch diese unvollkommene Demokratie gegen alle Angriffe der Reaktion zu verteidigen.*«

Von diesem Standpunkte bis zur Zustimmung zu Wehrkrediten ist nur ein kleiner Schritt, denn es könnte der Fall eintreten, daß die Annahme eines verbesserten Militärorganisationsgesetzes oder die Annahme eines Wehrkredites von unserer Haltung im Nationalrat oder in der Volksabstimmung abhinge, wenn bürgerliche oder bäuerliche Kreise — gerade aus einer faschistischen Einstellung heraus — in Opposition stünden. Es hat denn auch wenige Tage nach unserem Zürcher Parteitag ein Genosse, der zu den Diskussionsrednern der Richtung Schneider-Nicole gehörte, zu dem Schreibenden geäußert: »Es fehlt wenig, so steht unsere Parteitagsmehrheit weiter links als die KPS.« Daraus darf vielleicht geschlossen werden, daß die Kommunisten nach den furchtbaren Erfahrungen, die sie in Deutschland, Italien und andernorts machen mußten, einer realpolitischen Betrachtung der Dinge zugänglicher geworden sind als viele jener vermeintlich Linken, die den jüngsten Entscheid im »Limmathaus« für einen großen Erfolg radikaler Politik halten.

Er war das keineswegs. Der Beschluß ermangelte denn auch von der ersten Stunde an jeder Autorität. Das zeigte sich schon an der Parteivorstandssitzung, die unmittelbar im Anschluß an den Parteitagsentscheid stattfand. Selbst einige der namhaftesten Redner der Parteitagsmehrheit waren bereit, dem Parteitag Stimmfreigabe für die Nationalratsfraktion zu empfehlen. Der Parteitag hätte gewiß auch in diesem Sinne entschieden. Da ihm die Frage aber nicht mehr vorgelegt wurde, so handelten die kantonalen Delegationen als solche im Na-

tionalrat unter Berufung auf die Stellung ihrer kantonalen Parteien. Die Fraktion hatte in der vorausgegangenen Woche schon, als der Entscheid zur Eintretensfrage der Wehrkredite zu fällen war, der Minderheit die Freiheit gelassen, sich gegen Eintreten auszusprechen. *Ich halte es nicht für ein Unglück, sondern für durchaus in der Ordnung, daß die Differenzierung der Auffassungen, die ja kein Geheimnis ist, auch im Nationalrat in Erscheinung getreten ist.* Der Zürcher Zufallsbeschluß hat die Frage keinesfalls endgültig entschieden. Jedermann weiß, daß die Diskussion weitergeht. Noch ist die Klärung der Probleme in der Parteimitgliedschaft und vor den Arbeitermassen nicht durchgeführt. Es gilt, sie erst an Hand zu nehmen.

Weil dem so ist, so blieb auch die krisenhafte Erweiterung des Konfliktes aus, die einige Schwarzseher meinten voraussagen zu müssen. Heute können wir es mit voller Gewißheit aussprechen, daß die Wehrfrage keine Parteikrise heraufbeschworen hat und es auch in Zukunft nicht tun wird. Allerdings darf die Frage dabei keinesfalls als erledigt betrachtet werden. Sie ist es mit dem pazifistischen Zufallsentscheid von Zürich weniger als je. Die sehr ernsthafte Diskussion des Wehrproblems ist in Presse und Mitgliedschaften erst noch durchzuführen. Je gewissenhafter das geschieht, desto größer wird der politische und propagandistische Gewinn für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz sein.

---

## Die neue Verfassung der Sowjetunion

Von Valentin Gitermann

Der Weg, der zur Verwirklichung des Sozialismus führen soll, wird im »Kommunistischen Manifest« ausdrücklich durch *zwei* Etappen gekennzeichnet:

a) »Der erste Schritt in die Arbeiter-Revolution« wird in der »Erhebung des Proletariates zur *herrschenden Klasse*« bestehen. »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariates zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann dies natürlich nur geschehen vermittels *despotischer Eingriffe* in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind« ... (Expropriation des Grundeigentums, Konfiskationen, Verstaatlichung des Kreditwesens, Vermehrung der Nationalfabriken, Organisation der Wirtschaft »nach einem gemeinschaftlichen Plan« usw.).

b) »Sind im Laufe der Entwicklung die *Klassenunterschiede verschwunden*, und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten